

Berlin, 20. Juni 2003

Pressemitteilung der Arbeitsgruppe Pflegeversicherung der Rürup-Kommission

Die reformierte Pflegeversicherung: dynamisierte Leistungen generationengerecht finanziert

Die Arbeitsgruppe „Pflegeversicherung“ der Kommission unter Vorsitz von Prof. Rürup hat heute ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Gesamtkonzept zur Reform der Pflegeversicherung vorgelegt.

Die Ziele dieses Reformkonzeptes sind:

1. eine gleichmäßige Belastung aller Generationen
2. eine Dynamisierung der Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung
3. eine dauerhafte Stabilität des Beitragssatzes bei 1,7 v.H.

Ausgangspunkt ist die Einführung einer jährlichen Dynamisierung der Leistungen, um den realen Versicherungsschutz auf Dauer zu sichern.

Um dem Wunsch nach einer besseren Ausstattung der ambulanten Pflege nachzukommen, wird eine Vereinheitlichung der Leistungen der Pflegeversicherung für ambulante und stationäre Pflege vorgeschlagen. Als Leistungen sollen für ambulante und stationäre Pflege einheitlich gelten:

- in der Pflegestufe I 400 € pro Monat
- in der Pflegestufe II 1.000 € pro Monat
- in der Pflegestufe III 1.500 € pro Monat

Die finanzielle Stabilität und Generationengerechtigkeit in der Pflegeversicherung wird zukünftig durch einen Ausgleichsbeitrag der Älteren und einen Vorsorgebeitrag der Jüngeren sicher gestellt.

Durch die Einführung der umlagefinanzierten Pflegeversicherung im Jahre 1995 wurden den Pflegebedürftigen Ansprüche auf Pflegeleistungen eingeräumt, ohne dass sie zuvor Beiträge an diese Versicherung entrichtet haben. Zum Ausgleich dieser Vorleistungen, die vor allem den heutigen Rentnerinnen und Rentnern zu Gute kommen, wird vorgeschlagen, dass Rentner ab dem Jahr 2010 einen Ausgleichsbeitrag in Höhe von 2 v.H. der Renten an die Pflegeversicherung entrichten. Damit wird der zur Finanzierung der Pflegeversicherung

erforderliche Beitragssatz auf 1,2 v.H. abgesenkt. Der von den Renten erhobene Beitrag summiert sich damit auf 3,2 v.H.

Der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanzierte Beitragssatz bleibt dauerhaft bei 1,7 v.H. Der Ausgleichsbeitrag der Rentner erlaubt es den Erwerbstätigen aus den 1,7 v.H. Gesamtbeitrag 0,5 Prozentpunkte auf individuellen Vorsorgekonten anzulegen. Aus dem so angesparten Kapitalstock erhalten sie später - im Rentenalter - ein zusätzliches Einkommen, welches sie in die Lage versetzt, die demographisch bedingt steigenden Beitragslasten zu kompensieren.

Dem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtigen Prinzip der Gegenseitigkeit wird damit in der Pflegeversicherung erstmals Rechnung getragen.

Das Zusammenwirken von Ausgleichsbeitrag der Rentner und Vorsorgebeitrag der Erwerbstätigen gewährleistet, dass alle Generationen – junge wie alte – für die gleichen Pflegeleistungen das Gleiche bezahlen. Auf diese Weise werden Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Pflegeversicherung verwirklicht.

In der kommenden Woche wird sich das Plenum der Kommission abschließend mit diesen Empfehlungen befassen.